

**Amt der Tiroler Landesregierung**

Präs.Abt. II - 1395/2

A-6010 Innsbruck, am 12. September 1985

Tel.: 052 22/28 701, Durchwahl Klappe 152

Sachbearbeiter: Dr. Brandmayr

An das

Bundesministerium für
Finanzen

Himmelpfortgasse 4-8

1015 W i e nBitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.

77 85

Datum: 18.9.85

19.9.85 Kolup

Dr. Wasserbauer

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes zur Schaffung
eines Fonds zur Verwaltung der Rückstellungen
für die Zinsen bei Nullkuponfinanzschulden des
Bundes;
Stellungnahme

Zu Zahl 04 0200/1-V/7/85 vom 8. August 1985

Gegen den zur Stellungnahme übersandten Entwurf eines Bundesgesetzes zur Schaffung eines Fonds zur Verwaltung der Rückstellungen für die Zinsen bei Nullkuponfinanzschulden des Bundes werden vom Standpunkt der vom Amt der Tiroler Landesregierung wahrzunehmenden Interessen keine Einwendungen erhoben.

Bedenken bestehen gegen die im § 4 vorgesehene Verpflichtung des Fonds, die vom Bund überwiesenen Mittel "bestmöglich zu veranlagen". Dies insofern, als die Vollziehung dieser Vorschrift eine entsprechende Risikobereitschaft am Kapitalmarkt voraussetzt. Eine solche Risikobereitschaft kann jedoch nicht erwartet werden. Es wird daher für zweckmäßig gehalten, ähnlich der Regelung im § 2 Abs. 2 des Katastrophenfondsgesetzes 1985, BGBI.Nr. 539/1984, lediglich die nutz-

./.

- 2 -

bringende Anlegung der in Rede stehenden Mittel vorzuschreiben. Eine solche Vorschrift kann auch im Hinblick auf das Gebot der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung als ausreichend angesehen werden.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

Für die Landesregierung:

Dr. G s t r e i n

Landesamtsdirektor

Abschriftlich

An alle Ämter der Landesregierungen
gesondert an die Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der Niederösterr. Landesregierung, Wien
an das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Wien
an das Präsidium des Nationalrates, Wien, 25 Ausfertigungen
an alle National- und Bundesräte in Tirol

zur gefl. Kenntnisnahme.

Für die Landesregierung:

Dr. G s t r e i n
Landesamtsdirektor

F.d.R.d.A.:

